

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schutz vor queerfeindlichen Übergriffen über Dating-Plattformen – Berliner Initiative zur Vorbeugung und Bekämpfung von sogenannten „Dating-Fallen“ nach französischem Vorbild starten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- 1) gemeinsam mit Dating-Plattformen wie Grindr, Planet Romeo, Tinder und weiteren Anbietern eine Vereinbarung zum Schutz vor queerfeindlichen Übergriffen durch sogenannte „Dating-Fallen“ zu initiieren,
- 2) dabei verbindliche Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz von queerfeindlichen Übergriffen festzulegen, insbesondere:
 - a) freiwillige Echtheits- bzw. Identitätsverifikationssysteme einzuführen,
 - b) die Möglichkeit, Bedrohungen und Fake-Profile vertraulich, niedrigschwellig und barrierearm über die App-Anwendungen melden zu können,
 - c) verbindliche menschliche Moderationsteams vorzusehen, die regelmäßig in Hinblick auf Gewaltprävention geschult werden,
 - d) verbindliche Hinweise zu Sicherheitsrisiken und Schutzmaßnahmen für die Nutzer*innen in den Apps vorzusehen,
 - e) verpflichtende Sensibilisierungskampagnen für Nutzer*innen einzuführen,
 - f) betroffene Personen zu unterstützen und an queere Gewalthilfestellen zu vermitteln,

- 3) dabei die Vernetzung mit anderen Bundesländern und mit entsprechenden zivilgesellschaftlichen Initiativen wie der Fachstelle gegen digitale Gewalt „QueerSafe Berlin“ oder HateAid zu suchen,
- 4) die Kooperation zwischen Plattformen, Strafverfolgungsbehörden und Beratungsstellen zu stärken, insbesondere durch:
 - a) zentrale Ansprechpartner*innen für Plattformbetreiber bei Polizei und Staatsanwaltschaft,
 - b) klare Verfahren zur schnellen Datenübermittlung bei Gefahrenlagen sowie im Rahmen der Strafverfolgung unter Wahrung des Datenschutzes,
 - c) eine spezifische Erfassung durch Polizei und Staatsanwaltschaft auf den Weg zu bringen und die Fallbearbeitung bei spezialisierten Dienststellen im Landeskriminalamt und der Staatsanwaltschaft zu bündeln,
- 5) gemeinsam mit queeren zivilgesellschaftlichen Organisationen Präventionskonzepte zu entwickeln, Betroffene zu unterstützen und Moderationsteams der Plattformen zu schulen,
- 6) eine regelmäßige Evaluation der Maßnahmen vorzunehmen und dem Abgeordnetenhaus jährlich über Fortschritte, gemeldete Fälle und Wirksamkeit zu berichten,
- 7) die Thematik in bestehende Strategien zur Bekämpfung von Queerfeindlichkeit sowie digitale Gewalt zu integrieren und ressortübergreifend zu koordinieren,
- 8) zu prüfen, wie der Schutz gemeinsam mit anderen Bundesländern und auf Bundesebene durch entsprechende gesetzliche Initiativen gestärkt und durchgesetzt werden kann – insbesondere bei einer mangelnden freiwilligen Kooperation der Betreiber von Dating-Plattformen.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Januar 2027 und dann jährlich zu berichten.

Begründung:

Queerfeindliche Übergriffe über Dating-Plattformen (sog. „Dating-Fallen“) stellen eine zunehmende Bedrohung für die Sicherheit von LSBTIQ* dar. Dabei werden Betroffene gezielt zu Treffen gelockt und anschließend Opfer von Gewalt, Raub und Übergriffen. Diese Form organisierter Übergriffe hat längst eine Dimension über Einzelfälle hinaus angenommen und ist Ausdruck zunehmender queerfeindlicher Mobilisierung und Gewalt.

Internationale Beispiele zeigen, dass eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Staat, Plattformen und queeren NGOs wirksame Schutz- und Präventionsansätze schaffen kann. Eine entsprechende Initiative wurde jüngst in Frankreich gestartet und setzt neue Standards im Schutz von Nutzer*innen auf Dating-Plattformen.

Auch in Berlin als vielfältige und queere Metropole ist es dringend notwendig, den Schutz vor digital angebahnter Gewalt systematisch zu stärken. Neben der Strafverfolgung kommt dabei insbesondere der Prävention eine zentrale Rolle zu: durch Aufklärung und Sensibilisierung, sichere Plattformstrukturen und verlässliche Unterstützungsangebote.

Die vorgeschlagene Vereinbarung schafft einen verbindlichen Rahmen für Kooperation, erhöht die Verantwortung der Plattformbetreiber und verbessert gleichzeitig den Schutz und die Handlungsmöglichkeiten von Betroffenen und Sicherheitsbehörden. Sie ist ein wichtiger Baustein für eine umfassende Strategie gegen Queerfeindlichkeit und digitale Gewalt in Berlin.

Berlin, den 17. August 2026

Jarasch Graf Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen